



Datum: 04.08.2014 Nr.: 29

Inhaltsverzeichnis

Seite

Präsidium und Universitätsmedizin Göttingen:

Einrichtung einer gemeinsamen IT-Governance der Georg-August-Universität und Universitätsmedizin Göttingen für die IT-Steuerungsgruppe und den Chief-Information Officer und Geschäftsordnung zur gemeinsamen IT-Governance 860

Fakultät für Biologie und Psychologie:

Umbenennung der Abteilung „Biologische Persönlichkeitspsychologie und Diagnostik“ des Georg-Elias-Müller-Instituts für Psychologie 865

Umbenennung der Abteilung „Bioanalytik“ des Albrecht-von-Haller-Instituts für Pflanzenwissenschaften 865

Änderung der Ordnung des Albrecht-von-Haller-Instituts für Pflanzenwissenschaften 866

Interdisziplinäre Einrichtungen:

Ordnung des Sonderforschungsbereichs 889 „Cellular Mechanisms of Sensory Processing“ 867

Ordnung des Sonderforschungsbereichs 937 „Collective Behavior of Soft and Biological Matter“ 876

Herausgegeben von der Präsidentin der Georg-August-Universität Göttingen

Präsidium und Universitätsmedizin Göttingen:

Das Präsidium der Georg-August-Universität Göttingen und der Vorstand der Universitätsmedizin Göttingen haben am 18.03.2014 beziehungsweise am 27.03.2014 einvernehmlich die Einrichtung einer gemeinsamen IT-Steuerungsgruppe und die Ernennung eines Chief Information Officers (CIO) zum 01.04.2014 beschlossen (§ 37 Abs. 1 Satz 3 Buchstabe 4 a) NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.12.2013 (Nds. GVBl. S. 287) und § 63 Abs. 2 Nr. 3 NHG).

Die Steuerungsgruppe hat sich am 03.07.2014 die nachfolgende Geschäftsordnung gegeben:

**Geschäftsordnung
zur gemeinsamen IT-Governance
der Georg-August-Universität und Universitätsmedizin Göttingen
für die IT-Steuerungsgruppe und den Chief Information Officer**

Präambel

Das Präsidium der Georg-August-Universität Göttingen und der Vorstand der Universitätsmedizin Göttingen haben einvernehmlich die Einrichtung einer gemeinsamen IT-Steuerungsgruppe und die Ernennung eines Chief Information Officers (CIO) für die Universität und die Universitätsmedizin zum 01. April 2014 beschlossen. Das zuvor bestehende Chief Information Office als Gremium wurde zu diesem Zeitpunkt aufgelöst.

Die Hauptziele dieser Strukturänderung sind es, die übergreifenden technologischen und strukturellen Fragen der Kommunikations- und Informationstechnologie stärker gemeinsam strategisch auszurichten, die relevanten Entscheidungsprozesse zu optimieren sowie die damit verbundenen übergreifenden Maßnahmen und deren operative Umsetzung zentral zu koordinieren.

Die gemeinsame IT-Steuerungsgruppe und der CIO nehmen die zentrale Stellung in der gemeinschaftlichen IT-Governance und in den IT-Strukturen von Universität und Universitätsmedizin ein. Aufgaben, Struktur und Organisation sowie Arbeitsweise und Aufgabenverteilung der IT-Steuerungsgruppe und des CIO bestimmen sich nach dieser Geschäftsordnung.

§ 1 Mitglieder

Der IT-Steuerungsgruppe gehören folgende Mitglieder an:

1. Vizepräsident/in für Infrastruktur der Georg-August-Universität Göttingen,
2. Vizepräsident/in für Finanzen und Personal der Georg-August-Universität Göttingen,
3. Vorstand Wirtschaftsführung und Administration der Universitätsmedizin Göttingen,
4. Vorstand Forschung und Lehre der Universitätsmedizin Göttingen sowie der
5. Chief Information Officer.

IT-Steuerungsgruppe

§ 2 Aufgaben der IT-Steuerungsgruppe

- (1) Die IT-Steuerungsgruppe ist als gemeinsames Entscheidungs- und Steuerungsgremium von Universität und Universitätsmedizin für das IT-Management und die IT-Strategie eingesetzt. Sie wird in Ergänzung der bestehenden IT-Strukturen von Universität und Universitätsmedizin tätig, indem sie die Koordination und Umsetzung übergeordneter und gemeinsam zu verfolgender IT-Zielsetzungen übernimmt. Kernaufgabe in diesem Zusammenhang ist die inhaltliche Ausrichtung und Abstimmung der Tätigkeiten des CIO als Teil der IT-Steuerungsgruppe.
- (2) Die Mitglieder der IT-Steuerungsgruppe sind vom Präsidium bzw. Vorstand legitimiert und geben im Bedarfsfall ihre Beschlüsse zur Information oder Beschlussvorschlägen zur Entscheidung an das Präsidium und / oder den Vorstand weiter.
- (3) Die IT-Steuerungsgruppe trifft einvernehmlich Entscheidungen in Bezug auf die gemeinsamen Kommunikations- und Informationstechnologien. Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung und / oder mit zusätzlichem Ressourcenbedarf sind nach Empfehlung der IT-Steuerungsgruppe vom Präsidium und / oder vom Vorstand herbeizuführen.

§ 3 Aufgaben des CIO

- (1) Der CIO nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:
 - a. Der CIO entwickelt in einem kontinuierlichen Fortschreibungsprozess die IT-strategischen Ziele und Umsetzungskonzepte für ein gemeinsames IT-Management am Wissenschaftsstandort Göttingen als Entscheidungsvorlage für die IT-Steuerungsgruppe.
 - b. Der CIO koordiniert alle Maßnahmen für die relevanten IT-Entwicklungen am Standort mit dem Ziel, eine möglichst effiziente und gemeinsame IT-Strategie zu entwickeln und zu etablieren. Der CIO berücksichtigt hierbei die spezifischen Anforderungen von Universität und Universitätsmedizin.
 - c. Der CIO kooperiert eng mit den bestehenden IT-Einrichtungen der Universität, der Universitätsmedizin und des Göttingen Campus sowie mit außeruniversitären IT-Partnern / IT-Dienstleistern.
 - d. Der CIO kann im Auftrag der IT-Steuerungsgruppe die IT-Strukturen der Universität und der Universitätsmedizin analysieren sowie dem Präsidium und dem Vorstand Empfehlungen zur Neustrukturierung unterbreiten.

IT-Steuerungsgruppe

- e. Der CIO übernimmt im Auftrag der IT-Steuerungsgruppe die Koordination und Leitung der Kooperation GÖ* und berichtet regelmäßig zum nächstmöglichen Sitzungstermin der IT-Steuerungsgruppe über Ergebnisse und Entwicklungen der Kooperation GÖ*.
 - f. Der CIO berichtet auf Wunsch dem Präsidium und dem Vorstand.
 - g. Der CIO berichtet regelmäßig der Senatskommission für Informationsmanagement.
 - h. Der CIO berät in Abstimmung mit der IT-Steuerungsgruppe das Präsidium und den Vorstand bei anstehenden Personalentscheidungen mit strategischem Einfluss auf IT-Fragen an zentralen Bereichen der Universität (u. a. Abteilung IT, Gebäudemanagement, Abteilung SL) und der Universitätsmedizin (u. a. Geschäftsbereich Informationstechnologie, Medizintechnik) und zeichnet diese mit.
 - i. Der CIO berät das Präsidium und den Vorstand bei anstehenden Berufungs- und Bleibeverhandlungen zu IT-Fragen mit strategischem Einfluss sowie bei Entscheidungen zu neuen IT-Projekten mit übergreifendem Charakter bzw. mit weitreichenden Auswirkungen für die bestehende IT-Governance. Die dafür notwendigen Informationen werden dem CIO frühzeitig bereitgestellt.
 - j. Der CIO berät die jeweils federführende Verwaltungseinheit bei Hard- und Software-Beschaffungen und zeichnet entsprechende Beschaffungen mit Auswirkungen auf die übergreifende IT-Struktur bzw. ab einer Investitionssumme von 20 TSD Euro unter Beachtung der Budget- und Beschaffungsregelungen mit.
 - k. Neben den gemeinsamen Aufgaben übernimmt der CIO auch Koordinationsaufgaben, die nur den jeweiligen Bereich Universität bzw. Universitätsmedizin betreffen und ihm vom Präsidium oder Vorstand gesondert übertragen werden.
 - l. Die für die Wahrnehmung der einzelnen Aufgaben erforderlichen Informationen werden dem CIO rechtzeitig und vollständig seitens Präsidium und Vorstand zugänglich gemacht.
- (2) Der CIO wird von Personalressourcen der Organisationsentwicklung der Universität und der Stabsstelle IT-Strategie des Vorstands der Universitätsmedizin fachlich, konzeptionell und organisatorisch unterstützt.

IT-Steuerungsgruppe

§ 4 Sitzungen der IT-Steuerungsgruppe

- (1) Die Sitzungen der IT-Steuerungsgruppe finden nicht öffentlich statt.
- (2) Die Sitzungen sollen in regelmäßigen Abständen, mindestens aber alle drei Monate stattfinden. Der CIO legt die Termine in Abstimmung mit den übrigen Mitgliedern fest, lädt zu den Sitzungen schriftlich ein und leitet die Sitzungen. Die formlose Einberufung von Sitzungen in dringenden Fällen bleibt hiervon unberührt (§ 4 Absatz 3). Der CIO wird bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Sitzungen administrativ von den Personalressourcen entsprechend § 3 Absatz 2 unterstützt.
- (3) Jedes Mitglied kann die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung unter Mitteilung des Gegenstandes und der Dringlichkeitsgründe verlangen. Die Sondersitzung ist durch den CIO innerhalb von zwei Wochen nach Mitteilung einzuberufen.

§ 5 Beschlussfassung

- (1) Die IT-Steuerungsgruppe trifft einvernehmlich Beschlüsse. Im Fall der Nichteinigung sind die Entscheidungen vom Präsidium und vom Vorstand zu treffen.
- (2) In besonderen Fällen und vorbehaltlich der Zustimmung der Mitglieder der IT-Steuerungsgruppe kann eine Abstimmung im Umlaufverfahren durchgeführt werden. Das Ergebnis ist entsprechend zu protokollieren.

§ 6 Änderungen und Aufhebung dieser Geschäftsordnung

Änderungen und Aufhebung dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss von Präsidium und Vorstand.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen in Kraft.

Fakultät für Biologie und Psychologie:

Das Präsidium hat am 29.07.2014 im Benehmen mit dem Dekanat der Fakultät für Biologie und Psychologie (Beschluss vom 09.07.2014) die Umbenennung der Abteilung „Biologische Persönlichkeitspsychologie und Diagnostik“ des Georg-Elias-Müller-Instituts für Psychologie in Abteilung „Biologische Persönlichkeitspsychologie“ beschlossen (§ 37 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 b) NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.12.2013 (Nds. GVBl. S. 287) in Verbindung mit § 43 Abs. 1 Satz 2 NHG und § 21 Abs. 2 Sätze 1 und 2 der Grundordnung der Georg-August-Universität Göttingen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.07.2014 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 27/2014 S. 824).

Die Änderung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen I der Georg-August-Universität Göttingen in Kraft.

Fakultät für Biologie und Psychologie:

Das Präsidium hat am 29.07.2014 im Benehmen mit dem Dekanat der Fakultät für Biologie und Psychologie (Beschluss vom 09.07.2014) die Umbenennung der Abteilung „Bioanalytik“ des Albrecht-von-Haller-Instituts für Pflanzenwissenschaften in Abteilung „Molekulare Enzymologie“ beschlossen (§ 37 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 b) NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.12.2013 (Nds. GVBl. S. 287) in Verbindung mit § 43 Abs. 1 Satz 2 NHG und § 21 Abs. 2 Sätze 1 und 2 der Grundordnung der Georg-August-Universität Göttingen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.07.2014 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 27/2014 S. 824).

Die Änderung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen I der Georg-August-Universität Göttingen in Kraft.

Fakultät für Biologie und Psychologie:

Nach Beschluss des Fakultätsrates und des Dekanats der Fakultät für Biologie und Psychologie vom 16.05.2014 bzw. vom 09.07.2014 hat das Präsidium am 29.07.2014 die Änderung der Institutsordnung des Albrecht-von-Haller-Instituts für Pflanzenwissenschaften beschlossen (§ 22 Abs. 6 Satz 2 der Grundordnung der Georg-August-Universität Göttingen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.07.2014 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 27/2014 S. 824); § 44 Abs. 1 Satz 3 NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.12.2013 (Nds. GVBl. S. 287).

Die Änderung wird nachfolgend bekannt gemacht:

Artikel 1

Die Anlage zu § 2 der Ordnung des Albrecht-von-Haller-Instituts für Pflanzenwissenschaften wird wie folgt geändert:

Die Abteilung „Bioanalytik“ wird umbenannt in Abteilung „ Molekulare Enzymologie“.

Artikel 2

Die Änderung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen I der Georg-August-Universität Göttingen in Kraft.

Interdisziplinäre Einrichtungen:

Der Fakultätsrat der Medizinischen Fakultät (21.07.2014) und der Vorstand der Universitätsmedizin Göttingen (09.07.2014) sowie der Senat (16.07.2014) und das Präsidium (29.07.2014) haben im Einvernehmen die Ordnung des Sonderforschungsbereichs 889 „Cellular Mechanisms of Sensory Processing“ der Georg-August-Universität Göttingen beschlossen (§§ 41 Abs. 1 Satz 1, 63 h Abs. 2 Satz 2 NHG in der Fassung vom 26. Februar 2007 (Nds. GVBl. Nr. 5/2007 S. 69), zuletzt geändert durch Art.1 des Gesetzes vom 11.12.2013 (Nds.GVBl. Nr.22/2013 S.287), in Verbindung mit § 22 Abs. 6 Satz 3 der Grundordnung der Georg-August-Universität Göttingen (GO) vom 17.07.2014 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 27/2014 S. 824); §§ 37 Abs. 1 Satz 3, 63 b Satz 3 NHG in Verbindung mit § 22 Abs. 6 Satz 3 GO; § 41 Abs. 1 Satz 1 NHG).

Ordnung des Sonderforschungsbereichs SFB 889**„Cellular Mechanisms of Sensory Processing“****der Georg-August-Universität Göttingen****§ 1 Name, Sprecherhochschule und Aufgaben des Sonderforschungsbereichs**

(1) Der Sonderforschungsbereich SFB 889 „Cellular Mechanisms of Sensory Processing“ (im Folgenden SFB) ist ein interdisziplinärer Forschungsverbund, der von der Georg-August-Universität Göttingen, dort federführend Universitätsmedizin Göttingen (im Folgenden UMG), als Sprecherhochschule getragen wird.

(2) ¹In dem Sonderforschungsbereich werden miteinander zusammenhängende Forschungsvorhaben auf den Gebieten der sensorischen Neurowissenschaften, Physiologie und Biophysik, Anatomie, Biochemie und Strukturbiologie bearbeitet. ²Er gliedert sich in 3 Projektbereiche, die aus insgesamt 21 Teilprojekten bestehen, sowie 1 zentrales Management-Projekt.

(3) Der Forschungsverbund setzt sich zur Aufgabe, die Interaktion mit anderen Forschungseinrichtungen, den wissenschaftlichen Nachwuchs und die internationale Zusammenarbeit zu fördern.

§ 2 Mitgliedschaft; Angehörige

(1) ¹Dem SFB gehören stimmberechtigte Mitglieder sowie Angehörige ohne Stimmrecht an; zu den Angehörigen zählen auch die assoziierten Mitglieder. ²Der Status als Mitglied oder als

Angehörige oder Angehöriger wird durch Zuordnung oder Benennung, im Übrigen durch Beschluss des Vorstandes begründet.

(2) ¹Mitglieder im SFB sind alle im DFG-Antrag und hierzu bestehenden Ergänzungsanträgen aufgeführten und von der DFG genehmigten Teilprojektleiterinnen oder Teilprojektleiter sowie die promovierten Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler, die in den Teilprojekten eigenverantwortlich wissenschaftliche Leistungen erbringen, indem sie an Antragstellung und/oder Durchführung in einem erheblichen Umfang beteiligt sind. ²Besteht eine Mitgliedschaft nicht bereits auf Grund des DFG-Antrags (einschließlich Ergänzungsanträgen), bedarf es eines Antrags der Wissenschaftlerin oder des Wissenschaftlers.

(3) Angehörige sind alle Personen, die im Rahmen des Sonderforschungsbereichs wissenschaftlich oder administrativ tätig sind, ohne Mitglied nach Absatz 2 zu sein.

(4) Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler, die an Forschungsthemen des SFB arbeiten, ohne Mitglied nach Absatz 2 zu sein, können die Angehörigkeit beim Vorstand beantragen.

(5) ¹Die Mitgliedschaft erlischt

a) wenn das Mitglied seinen Austritt aus dem Sonderforschungsbereich gegenüber der Sprecherin oder dem Sprecher schriftlich anzeigt;

b) mit Pensionierung oder Emeritierung, sofern nicht die Weiterführung des Projekts oder die Vertretung des Lehrstuhls durch das betroffene Mitglied durch Vertrag ermöglicht wird;

c) mit Beendigung des Teilprojekts oder der im Teilprojekt vorgesehenen Aufgaben.

²Die Mitgliedschaft soll entzogen werden, wenn ein Mitglied Pflichten nach § 3 oder sonstige Pflichten wiederholt oder in erheblichem Umfang nicht erfüllt; dem Mitglied ist zuvor unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. ³Die Entscheidung ist dem betroffenen Mitglied in Textform mitzuteilen und zu begründen.

(6) Über Aufnahme und Entzug der Mitgliedschaft entscheidet der Vorstand, im Falle des Entzugs mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.

(7) ¹Für den Status als Angehörige oder Angehöriger gelten die Bestimmungen der Absätze 5 und 6 entsprechend. ²Bei Zweifeln, ob eine Person als Mitglied oder als Angehörige oder Angehöriger aufgenommen wird, entscheidet der Vorstand mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.

(8) Für Angehörige gelten die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 sowie 5 bis 7 entsprechend.

§ 3 Rechte und Pflichten

(1) ¹Die Mitglieder sind verpflichtet, an der Erfüllung der Berichtspflicht, insbesondere gegenüber der DFG, im Umfang der eigenen Mitarbeit im SFB mitzuwirken; diese Pflicht bleibt vom Ende der Mitgliedschaft unberührt. ²Treten Umstände auf, die die erfolgreiche Durchführung eines Projekts gefährden, hat das für das Projekt verantwortliche Mitglied unverzüglich die Sprecherin oder den Sprecher zu informieren; diese oder dieser hat unverzüglich die Präsidentin oder den Präsidenten bzw. bei den die UMG berührenden Teilprojekten den Vorstand der Universitätsmedizin Göttingen zu unterrichten, sofern hierdurch für die Universität Göttingen oder deren Trägerstiftung schwere Nachteile drohen.

(2) Die Mitglieder sind verpflichtet, an der konzeptionellen und organisatorischen Arbeit, der Nachwuchsförderung sowie an der Verwaltung des SFB nach Maßgabe der DFG-Vorgaben und dieser Ordnung mitzuwirken.

(3) Die Mitglieder sind zur Zusammenarbeit, gegenseitigen Beratung und Unterstützung verpflichtet. Gemeinsame infrastrukturelle Ressourcen sowie die Mittel des SFB können von allen Mitgliedern im Rahmen der Verfügbarkeit und der hierzu bestehenden Verwendungsvorgaben und Beschlüsse in Anspruch genommen werden.

(4) Die Mitglieder sind verpflichtet, alle für den SFB geltenden Bestimmungen, insbesondere die DFG-Vorgaben, diese Ordnung und die auf der Grundlage dieser Ordnung erlassenen Beschlüsse des Vorstands, zu befolgen.

(5) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Geschäftsstelle des SFB über jede für die Mitgliedschaft relevante Änderung zu unterrichten.

(6) ¹Die Teilprojektleiterinnen und Teilprojektleiter sind:

- a) verantwortlich für die ordnungsgemäße Durchführung des Forschungsvorhabens;
- b) verantwortlich für die Weitergabe von Informationen an die Mitglieder und Angehörigen ihres Teilprojekts, soweit die Informationen von Bedeutung für die Durchführung des jeweiligen Vorhabens sind;
- c) verantwortlich für die Durchführung von Bachelor- und Master-Arbeiten in ihrem Teilprojekt;
- d) verantwortlich für die sachgerechte Mittelverwendung und für die Dokumentation von Verwendungsnachweisen einschließlich des Verwendungsnachweises der im Antrag genannten Ausgaben für die Grundausstattung;
- e) verpflichtet, nach Abschluss einer Förderperiode bzw. bei Beendigung des Teilprojektes einen Bericht über die Arbeiten im Projekt vorzulegen;

²Endet die Mitgliedschaft einer Teilprojektleiterin oder eines Teilprojektleiters durch Weggang von der Universität Göttingen, können die dem SFB für das betroffene Teilprojekt bewilligten Geräte und Finanzmittel während der Laufzeit des SFB grundsätzlich nicht mitgenommen werden; hiervon abweichende Festlegungen (z.B. Mitnahme von Geräten) bedürfen der Zustimmung des Vorstands des SFB sowie der Präsidentin oder des Präsidenten der Universität Göttingen, soweit Teilprojekte betroffen sind, die an der Universität bearbeitet werden. ³Im Falle von Geräten oder sonstigen Ressourcen der UMG ist die Zustimmung des Vorstandes der UMG erforderlich. ⁴Eine derartige Standortänderung von Geräten über 10.000 Euro während der Laufzeit des SFB ist mit der DFG abzustimmen.

(7) In Veröffentlichungen, die auf Forschungsarbeiten im Rahmen des SFB zurückgehen, muss auf die Förderung durch die DFG hingewiesen werden.

§ 4 Organe des SFB

Der SFB hat folgende Organe

- a) Mitgliederversammlung
- b) Vorstand
- c) Sprecherin oder Sprecher.

§ 5 Aufgaben der Mitgliederversammlung

(1) ¹Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:

- a) Vorschläge für die Beschlussfassung über die Ordnung und ihre Änderung;
- b) Verabschiedung des Gesamtfinanzierungsantrags;
- c) Wahl und Abwahl der Vorstandsmitglieder (§ 6 Abs. 1);
- d) Entgegennahme des jährlichen Berichts der Sprecherin oder des Sprechers;
- e) Stellungnahmerecht zu der Arbeit des Vorstandes in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung;

²Beschlüsse nach Satz 1 Buchstaben a) und c) bedürfen der absoluten Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder.

(2) Die Sitzungen der Mitgliederversammlung finden statt, sooft es die Geschäftslage erfordert, mindestens aber einmal im Jahr, sowie auf Antrag von fünf Mitgliedern.

(3) Anträge zur Aufnahme von Tagesordnungspunkten sind in Textform spätestens zwei Wochen vor dem Sitzungstermin bei der Sprecherin oder dem Sprecher anzumelden, die

oder der die Tagesordnung festlegt und spätestens eine Woche vor dem Sitzungstermin an alle Mitglieder in Textform versendet.

§ 6 Zusammensetzung, Amtszeiten und Aufgaben des Vorstands

(1) ¹Der Vorstand besteht aus 7 Mitgliedern: der Sprecherin oder dem Sprecher, der stellvertretenden Sprecherin oder dem stellvertretenden Sprecher sowie 5 weiteren Mitgliedern. ²Wenigstens vier der Mitglieder des Vorstandes müssen aus der Hochschullehrergruppe stammen.

(2) ¹Die Mitglieder des Vorstands werden für die Dauer einer Förderperiode gewählt. ²Für die fünf weiteren Mitglieder des Vorstandes sind zugleich Stellvertretungen zu wählen. ³Wählbar sind Teilprojektleiter des SFB; die Sprecherin oder der Sprecher ist Teilprojektleitung des zentralen Management-Projekts, muss jedoch kein wissenschaftliches Projekt leiten. ⁴Die Mitgliederversammlung kann ein Vorstandsmitglied dadurch abwählen, dass sie mit der Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger wählt. ⁵Die administrative Koordinatorin oder der administrative Koordinator des SFB nimmt an den Sitzungen des Vorstandes mit beratender Stimme teil.

(3) ¹Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten zuständig, soweit sie nicht durch diese Ordnung einem anderen Organ zugeordnet werden. ²Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere

- a) Entwicklung des wissenschaftlichen Programms und Überwachung der Umsetzung der Forschungsvorhaben im Antragszeitraum;
- b) Vorbereitung des Gesamtfinanzierungsantrags, interne Vorprüfung der Teilprojektanträge sowie Beschluss über Änderungen finanzieller Aspekte von Teilprojektanträgen (z.B. inhaltlich begründete Beendigung oder Anschubfinanzierung eines Teilprojektes);
- c) Entwicklung von Strategien für die Folgeantragstellung;
- d) Entscheidung über die Aufnahme neuer Teilprojekte während des Förderzeitraums;
- e) Entscheidungen über Umdispositionsanträge von mehr als 10 000 Euro;
- f) Personalangelegenheiten; insbesondere Mitwirkung bei der Einstellung und Entlassung von Beschäftigten durch die Universität Göttingen oder beteiligte Einrichtungen, die aus Mitteln des SFB bezahlt werden;
- g) Entscheidung über die Aufnahme von Mitgliedern und über den Entzug der Mitgliedschaft;

- h) Beschluss von Richtlinien insbesondere auf folgenden Gebieten: Mittelverwendung, Konkretisierung der Pflichten zur Aufbewahrung von Primärdaten, Verwertung von Forschungsergebnissen;
- i) Abstimmung mit dem Präsidium über Fragen der Grundausstattung sowie Berufungsfragen;
- j) Beratung über die Beantragung und Beschaffung von durch mehrere Teilprojekte genutzten Geräten;
- k) Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen des SFB;
- l) Initiierung von interdisziplinären Publikationen;
- m) Konzeption und Organisation von Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Gleichstellung.

³Eine Richtlinie nach Satz 1 Buchstabe h) bedarf der Genehmigung durch das Präsidium; in Angelegenheiten der UMG durch den Vorstand der UMG; das Präsidium kann die Genehmigungskompetenz auf ein Präsidiumsmitglied oder eine Verwaltungseinheit der Zentralverwaltung übertragen

§ 7 Amtszeit und Aufgaben der Sprecherin oder des Sprechers

(1) ¹Die Sprecherin oder der Sprecher ist Vorsitzende oder Vorsitzender von Vorstand und Mitgliederversammlung. ²Sie oder er vertritt den Sonderforschungsbereich im Rahmen der durch die Grundordnung bestimmten Befugnisse nach außen.

(2) Im Falle der Verhinderung wird die Sprecherin oder der Sprecher durch die stellvertretende Sprecherin oder den stellvertretenden Sprecher vertreten.

(3) ¹Scheidet die Sprecherin oder der Sprecher beziehungsweise die stellvertretende Sprecherin oder der stellvertretenden Sprecher vorzeitig aus, so ist unverzüglich eine Mitgliederversammlung zum Zwecke der Neuwahl einzuberufen. ²Bei gleichzeitigem Ausscheiden von beiden erfolgt die Einladung durch das nach Lebensjahren älteste Vorstandsmitglied, das das Sprecheramt kommissarisch ausübt.

(4) ¹Die Sprecherin oder der Sprecher ist nach Maßgabe dieser Ordnung an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung gebunden und für ihre oder seine Entscheidungen der Mitgliederversammlung rechenschaftspflichtig. ²Sie oder er berichtet der Mitgliederversammlung über die Arbeit des Vorstands.

(5) ¹Zu ihren oder seinen Aufgaben gehört

- a) die Überwachung der Mittelverwaltung und -abrechnung;

- b) die Entscheidung über Umdispositionsanträge bis einschließlich 10 000 Euro;
- c) die Einberufung von Sitzungen des Vorstandes und der Mitgliederversammlung;
- d) die Information der Mitglieder und Angehörigen;
- e) die Leitung des „Z-Projekts: Zentrale Aufgaben“.

²Sie oder er führt die laufenden Geschäfte aus dem Aufgabenbereich des Vorstandes in eigener Zuständigkeit.

§ 8 Verfahren zur Vergabe zentral verwalteter Mittel

¹Anträge auf zentrale Mittel des Sonderforschungsbereichs können nur Mitglieder des SFB stellen. ²Es stehen zentrale Mittel für folgende Zwecke zur Verfügung:

- a) Dienstreisen;
- b) Kosten für Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler;
- c) Publikationen, sofern zweifelsfrei nachgewiesen, dass die Publikation im Rahmen eines Forschungsprojekts des SFB entstanden ist;
- d) Personal;
- e) Pauschale Mittel (beinhaltet das Start-up fund Programm für Nachwuchswissenschaftlerinnen oder Nachwuchswissenschaftler).

³Der Antrag ist basierend auf dem im DFG-Antrag genannten Bedarf bei der Sprecherin oder dem Sprecher einzureichen. ⁴Der Vorstand wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel über den Antrag entscheidet; im Falle von Dienstreisen und Gastwissenschaftlerkosten muss der Antrag spätestens zwei Wochen vor Beginn der Reise oder des Gastaufenthalts eingegangen sein.

§ 9 Verbleib der angeschafften Geräte

(1) Ressourcen sowie nicht verbrauchte Mittel der Teilprojekte fallen grundsätzlich an den SFB zurück; über Ausnahmen entscheidet der Vorstand im Einvernehmen mit dem für Forschung zuständigen Präsidiumsmitglied, im Falle von Angelegenheiten der UMG im Einvernehmen mit dem Vorstand der Universitätsmedizin Göttingen.

(2) Der Vorstand muss stets über den aktuellen Standort von Geräten und Ausrüstung des SFB informiert werden.

§ 10 Allgemeine Verfahrensgrundsätze

(1) ¹Die Sitzung eines Organs wird von der Sprecherin oder dem Sprecher einberufen und geleitet. ²Die Organe sind beschlussfähig, wenn die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und wenigstens die Hälfte der Mitglieder, darunter die Sprecherin oder der Sprecher oder die Stellvertretung, anwesend sind; im Falle der Mitgliederversammlung ist Beschlussfähigkeit bereits dann gegeben, wenn wenigstens 40 von Hundert der Mitglieder anwesend sind. ³Die Sitzung eines Organs ist ordnungsgemäß einberufen, wenn die Einladung in Textform durch die Sprecherin oder den Sprecher mit einer Frist von wenigstens einer Woche, im Falle der Mitgliederversammlung mit einer Frist von wenigstens zwei Wochen ergeht. ⁴Wird wegen Beschlussunfähigkeit zu einer weiteren Sitzung eingeladen, kann die Ladungsfrist angemessen verkürzt werden. ⁵Ein Organ kann Dritte, insbesondere Mitglieder oder Angehörige des SFB, in Einzelfragen beratend hinzuziehen.

(2) ¹Beschlüsse werden, soweit nicht anders per Gesetz, Verordnung, Grundordnung oder in dieser Ordnung vorgesehen, mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst (einfache Mehrheit). ²Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der Sprecherin oder des Sprechers; dies gilt nicht für die Wahl der Sprecherin oder des Sprechers.

(3) ¹Über die Sitzung eines Organs ist ein Ergebnisprotokoll anzufertigen, das von der Sprecherin oder dem Sprecher zu unterzeichnen und den Mitgliedern binnen zwei Wochen in Textform zuzuleiten ist. ²Protokolle gelten als genehmigt, wenn innerhalb von zwei weiteren Wochen kein Änderungsantrag von Seiten eines in der Sitzung anwesenden Mitglieds erfolgt. ³Über den Änderungsantrag entscheidet das Organ. ⁴Die Beschlussfassung im Umlaufverfahren ist durch die Sprecherin oder den Sprecher in einem Vermerk zu protokollieren.

(4) Eine Erklärung zu Protokoll sowie eine dazu abgegebene Begründung, die als Anlage zu Protokoll gegeben werden soll, bedürfen der Textform und sind in das Protokoll aufzunehmen; die Erklärung und die Begründung sind innerhalb einer Woche nach dem Sitzungstag, an dem die Angelegenheit beraten wurde, bei der Sprecherin oder dem Sprecher einzureichen.

(5) ¹Kann eine Entscheidung eines nach dieser Ordnung zuständigen Organs nicht rechtzeitig herbeigeführt werden und droht hierdurch für den SFB ein schwerer Nachteil, so fasst den erforderlichen Beschluss

a) der Vorstand anstelle der Mitgliederversammlung,

b) die Sprecherin oder der Sprecher anstelle des Vorstands.

²Das betroffene Organ ist unverzüglich per E-Mail über die Beschlussfassung zu unterrichten.

(6) ¹Die Finanzabteilung der Universität ist bei Umdispositionsanträgen zu beteiligen, sofern diese Zuständigkeit gegeben ist. ²Im Falle der Angelegenheiten der UMG ist der Geschäftsbereich Finanzen soweit das Forschungscontrolling des Zentralbereichs Vorstand zu beteiligen.

(7) Bewilligt die DFG eine abweichende Zahl an Projekten im Sinne des § 1 Abs. 2, gilt die Ordnung in diesem Umfang als geändert, ohne dass es einer weiteren Beschlussfassung bedarf; die Änderung ist in geeigneter Weise bekannt zu machen.

§ 11 Schlussvorschrift

(1) ¹Die vorliegende Ordnung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen I der Georg-August-Universität Göttingen in Kraft. ²Die vorliegende Ordnung tritt gleichzeitig mit dem Ende des SFB außer Kraft.

(2) ¹Bei Inkrafttreten dieser Ordnung besteht der Vorstand aus folgenden Mitgliedern:

Prof. Dr. Tobias Moser (Sprecher)

Prof. Dr. Martin Göpfert (Stellvertretender Sprecher)

Prof. Dr. Siegrid Löwel

Prof. Dr. Nils Brose

Prof. Dr. Fred Wolf

Prof. Dr. Alexander Gail

Dr. Ellen Reisinger

²Der Vorstand nach Satz 1 führt die Geschäfte bis längstens zum 01.03.2015 fort. ³Die Wahl eines neuen Vorstands ist bis spätestens zum Ende des Wintersemesters 2015 durchzuführen. ⁴Die Amtszeit des neu zu wählenden Vorstands nach Satz 3 endet mit Ablauf des 31.12.2018.

Interdisziplinäre Einrichtungen:

Der Senat und das Präsidium der Georg-August-Universität Göttingen haben am 16.07.2014 beziehungsweise am 29.07.2014 im Einvernehmen die Ordnung des Sonderforschungsbereichs 937 „Collective Behavior of Soft and Biological Matter“ der Georg-August-Universität Göttingen beschlossen (§ 41 Abs. 1 Satz 1 NHG in der Fassung vom 26. Februar 2007 (Nds. GVBl. Nr. 5/2007 S. 69), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11.12.2013 (Nds. GVBl. Nr. 22/2013 S. 287), in Verbindung mit § 11 Abs. 3 Satz 2 der Grundordnung (GO) der Georg-August-Universität Göttingen (GO) vom 17.07.2014 (Amtliche Mitteilungen I Nr. 27/2014 S. 824); § 37 Abs. 1 Satz 3 NHG).

Ordnung des Sonderforschungsbereichs SFB 937 „Collective Behavior of Soft and Biological Matter“ der Georg-August-Universität Göttingen

§ 1 Name, Sprecherhochschule und Aufgaben des Sonderforschungsbereichs

(1) Der Sonderforschungsbereich 937 „Collective Behavior of Soft and Biological Matter“ (im Folgenden SFB) ist ein interdisziplinärer Forschungsverbund, der von der Georg-August-Universität Göttingen (im Folgenden Universität Göttingen) als Sprecherhochschule getragen wird.

(2) ¹In dem Sonderforschungsbereich werden miteinander zusammenhängende Forschungsvorhaben auf den Gebieten der Soft Matter Physics bearbeitet. ²Er gliedert sich in einen Projektbereich, die aus insgesamt 17 Teilprojekten bestehen, sowie einem zentralen Management-Projekt.

(3) Der Forschungsverbund setzt sich zur Aufgabe, die Interaktion mit anderen Forschungseinrichtungen, dem wissenschaftlichen Nachwuchs und die internationale Zusammenarbeit zu fördern.

§ 2 Mitgliedschaft; Angehörige

(1) Dem SFB gehören stimmberechtigte Mitglieder sowie Angehörige ohne Stimmrecht an.

(2) ¹Mitglieder im SFB sind alle im DFG-Antrag und hierzu bestehenden Ergänzungsanträgen aufgeführten und von der DFG genehmigten Teilprojektleiterinnen oder Teilprojektleiter sowie die promovierten Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler, die in den Teilprojekten eigenverantwortlich wissenschaftliche Leistungen erbringen, indem sie an

Antragstellung und/oder Durchführung in einem erheblichen Umfang beteiligt sind. ²Besteht eine Mitgliedschaft nicht bereits auf Grund des DFG-Antrags (einschließlich Ergänzungsanträgen), bedarf es eines Antrags der Wissenschaftlerin oder des Wissenschaftlers.

(3) Angehörige sind alle Personen, die im Rahmen des Sonderforschungsbereichs wissenschaftlich oder administrativ tätig sind, ohne Mitglied nach Absatz 2 zu sein.

(4) Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler, die an Forschungsthemen des SFB arbeiten, ohne Mitglied nach Absatz 2 zu sein, können die Angehörigkeit beim Vorstand beantragen.

(5) ¹Die Mitgliedschaft erlischt

a) wenn das Mitglied seinen Austritt aus dem Sonderforschungsbereich gegenüber der Sprecherin oder dem Sprecher schriftlich anzeigt;

b) mit Pensionierung oder Emeritierung, sofern nicht die Weiterführung des Projekts oder die Vertretung des Lehrstuhls durch das betroffene Mitglied durch Vertrag ermöglicht wird;

c) mit Beendigung des Teilprojekts oder der im Teilprojekt vorgesehenen Aufgaben.

²Die Mitgliedschaft soll entzogen werden, wenn ein Mitglied Pflichten nach § 3 oder sonstige Pflichten wiederholt oder in erheblichem Umfang nicht erfüllt; dem Mitglied ist zuvor unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. ³Die Entscheidung ist dem betroffenen Mitglied in Textform mitzuteilen und zu begründen.

(6) Über Aufnahme und Entzug der Mitgliedschaft entscheidet der Vorstand, im Falle des Entzugs mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.

(7) ¹Für den Status als Angehörige oder Angehöriger gelten die Bestimmungen der Absätze 5 und 6 entsprechend. ²Bei Zweifeln, ob eine Person als Mitglied oder als Angehörige oder Angehöriger aufgenommen wird, entscheidet der Vorstand mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder

§ 3 Rechte und Pflichten

(1) ¹Die Mitglieder sind verpflichtet, an der Erfüllung der Berichtspflicht, insbesondere gegenüber der DFG, im Umfang der eigenen Mitarbeit im SFB mitzuwirken; diese Pflicht bleibt vom Ende der Mitgliedschaft unberührt. ²Treten Umstände auf, die die erfolgreiche Durchführung eines Projekts gefährden, hat das für das Projekt verantwortliche Mitglied unverzüglich die Sprecherin oder den Sprecher zu informieren; diese oder dieser hat unverzüglich die Präsidentin oder den Präsidenten zu unterrichten, sofern hierdurch für die Universität Göttingen oder deren Trägerstiftung schwere Nachteile drohen.

(2) Die Mitglieder sind verpflichtet, an der konzeptionellen und organisatorischen Arbeit, der Nachwuchsförderung sowie an der Verwaltung des SFB nach Maßgabe der DFG-Vorgaben und dieser Ordnung mitzuwirken.

(3) ¹Die Mitglieder sind zur Zusammenarbeit, gegenseitigen Beratung und Unterstützung verpflichtet. ²Gemeinsame infrastrukturelle Ressourcen sowie die Mittel des SFB können von allen Mitgliedern im Rahmen der Verfügbarkeit und der hierzu bestehenden Verwendungsvorgaben und Beschlüsse in Anspruch genommen werden.

(4) Die Mitglieder sind verpflichtet, alle für den SFB geltenden Bestimmungen, insbesondere die DFG-Vorgaben, diese Ordnung und die auf der Grundlage dieser Ordnung erlassenen Beschlüsse des Vorstands, zu befolgen.

(5) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Geschäftsstelle des SFB über jede für die Mitgliedschaft relevante Änderung zu unterrichten.

(6) ¹Die Teilprojektleiterinnen und Teilprojektleiter sind:

- a) verantwortlich für die ordnungsgemäße Durchführung des Forschungsvorhabens;
- b) verantwortlich für die Weitergabe von Informationen an die Mitglieder und Angehörigen ihres Teilprojekts, soweit die Informationen von Bedeutung für die Durchführung des jeweiligen Vorhabens sind;
- c) verantwortlich für die Durchführung von Bachelor- und Master-Arbeiten in ihrem Teilprojekt;
- d) verantwortlich für die sachgerechte Mittelverwendung und für die Dokumentation von Verwendungsnachweisen einschließlich des Nachweises der im Antrag genannten Ausgaben für die Grundausstattung;
- e) verpflichtet, nach Abschluss einer Förderperiode bzw. bei Beendigung des Teilprojektes einen Bericht über die Arbeiten im Projekt vorzulegen; diese Pflicht bleibt vom Ende der Mitgliedschaft unberührt.

²Endet die Mitgliedschaft einer Teilprojektleiterin oder eines Teilprojektleiters durch Weggang von der Universität Göttingen, können die dem SFB für das betroffene Teilprojekt bewilligten Geräte und Finanzmittel während der Laufzeit des SFB grundsätzlich nicht mitgenommen werden; hiervon abweichende Festlegungen (z.B. Mitnahme von Geräten) bedürfen der Zustimmung des Vorstands des SFB sowie der Präsidentin oder des Präsidenten der Universität Göttingen. ³Eine derartige Standortänderung von Geräten über 10.000 Euro während der Laufzeit des SFB ist mit der DFG abzustimmen.

(7) In Veröffentlichungen, die auf Forschungsarbeiten im Rahmen des SFB zurückgehen, muss auf die Förderung durch die DFG hingewiesen werden.

(8) Für Angehörige gelten die Bestimmungen der Absätze 1 bis 7 entsprechend.

§ 4 Organe des SFB

Der SFB hat folgende Organe:

- a) Mitgliederversammlung
- b) Vorstand
- c) Sprecherin oder Sprecher.

§ 5 Aufgaben der Mitgliederversammlung

(1) ¹Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:

- a) Vorschläge für die Beschlussfassung über die Ordnung und ihre Änderung;
- b) Verabschiedung des Gesamtfinanzierungsantrags;
- c) Wahl und Abwahl der Vorstandsmitglieder (§ 6 Abs. 1);
- d) Entgegennahme des jährlichen Berichts der Sprecherin oder des Sprechers;
- e) Stellungnahmerecht zu der Arbeit des Vorstandes in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung;

²Beschlüsse nach Satz 1 Buchstaben a) und c) bedürfen der absoluten Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder.

(2) Die Sitzungen der Mitgliederversammlung finden statt, sooft es die Geschäftslage erfordert, mindestens aber zweimal im Jahr, sowie auf Antrag von fünf Mitgliedern.

(3) Anträge zur Aufnahme von Tagesordnungspunkten sind in Textform spätestens zwei Wochen vor dem Sitzungstermin bei der Sprecherin oder dem Sprecher anzumelden, die oder der die Tagesordnung festlegt und spätestens eine Woche vor dem Sitzungstermin an alle Mitglieder in Textform versendet.

§ 6 Zusammensetzung, Amtszeiten und Aufgaben des Vorstands

(1) Der Vorstand besteht aus fünf Mitgliedern: der Sprecherin oder dem Sprecher, der stellvertretenden Sprecherin oder dem stellvertretenden Sprecher sowie drei weiteren Mitgliedern.

(2) ¹Die Mitglieder des Vorstands werden für die Dauer einer Förderperiode gewählt. ²Für die drei weiteren Vorstandsmitglieder sind zugleich Stellvertretungen zu wählen. ³Die Mitgliederversammlung kann ein Vorstandsmitglied dadurch abwählen, dass sie mit der Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger wählt. ⁴Wählbar sind unbefristet beschäftigte, hauptberufliche Mitglieder der Hochschullehrergruppe der Universität Göttingen, die Mitglieder des SFB sind; die Sprecherin oder der Sprecher ist Teilprojektleitung des Verwaltungsprojektes, muss jedoch kein wissenschaftliches Projekt leiten.

(3) ¹Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten zuständig, soweit sie nicht durch diese Ordnung einem anderen Organ zugeordnet werden. ²Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere

a) Entwicklung des wissenschaftlichen Programms und Überwachung der Umsetzung der Forschungsvorhaben im Antragszeitraum;

b) Vorbereitung des Gesamtfinanzierungsantrags, interne Vorprüfung der Teilprojektanträge sowie Beschluss über Änderungen finanzieller Aspekte von Teilprojektanträgen (z.B. inhaltlich begründete Beendigung oder Anschubfinanzierung eines Teilprojektes);

c) Entwicklung von Strategien für die Folgeantragstellung;

d) Entscheidung über die Aufnahme neuer Teilprojekte während des Förderzeitraums;

e) Entscheidungen über Umdispositionsanträge von mehr als 20.000 Euro;

f) Personalangelegenheiten; insbesondere Mitwirkung bei der Einstellung und Entlassung von Beschäftigten durch die Universität Göttingen oder beteiligte Einrichtungen, die aus Mitteln des SFB bezahlt werden;

g) Entscheidung über die Aufnahme von Mitgliedern und über den Entzug der Mitgliedschaft;

h) Beschluss von Richtlinien insbesondere auf folgenden Gebieten: Mittelverwendung, Konkretisierung der Pflichten zur Aufbewahrung von Primärdaten, Verwertung von Forschungsergebnissen;

i) Abstimmung mit dem Präsidium über Fragen der Grundausstattung sowie Berufungsfragen;

j) Beratung über die Beantragung und Beschaffung von durch mehrere Teilprojekte genutzten Geräten;

k) Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen des SFB;

l) Initiierung von interdisziplinären Publikationen;

m) Konzeption und Organisation von Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Gleichstellung.

³Eine Richtlinie nach Satz 1 Buchstabe h) bedarf der Genehmigung durch das Präsidium; das Präsidium kann die Genehmigungskompetenz auf ein Präsidiumsmitglied oder eine Verwaltungseinheit der Zentralverwaltung übertragen.

§ 7 Amtszeit und Aufgaben der Sprecherin oder des Sprechers

(1) ¹Die Sprecherin oder der Sprecher ist Vorsitzende oder Vorsitzender von Vorstand und Mitgliederversammlung. ²Sie oder er vertritt den Sonderforschungsbereich im Rahmen der durch die Grundordnung bestimmten Befugnisse nach außen.

(2) Im Falle der Verhinderung wird die Sprecherin oder der Sprecher durch die stellvertretende Sprecherin oder den stellvertretenden Sprecher vertreten.

(3) ¹Die Sprecherin oder der Sprecher ist nach Maßgabe dieser Ordnung an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung gebunden und für ihre oder seine Entscheidungen der Mitgliederversammlung rechenschaftspflichtig. ²Sie oder er berichtet der Mitgliederversammlung über die Arbeit des Vorstandes und des Erweiterten Vorstandes.

(4) ¹Zu ihren oder seinen Aufgaben gehört

- a) die Überwachung der Mittelverwaltung und -abrechnung;
- b) die Entscheidung über Umdispositionsanträge bis einschließlich 20.000 Euro;
- c) die Einberufung von Sitzungen des Vorstandes und der Mitgliederversammlung;
- d) die Information der Mitglieder und Angehörigen;
- e) die Leitung des „Z-Projekts: Zentrale Aufgaben“.

²Sie oder er führt die laufenden Geschäfte aus dem Aufgabenbereich des Vorstandes in eigener Zuständigkeit.

§ 8 Verfahren zur Vergabe zentral verwalteter Mittel

(1) ¹Anträge auf zentrale Mittel des Sonderforschungsbereichs können nur Mitglieder des SFB stellen. ²Es stehen zentrale Mittel für folgende Zwecke zur Verfügung:

- a) Dienstreisen;
- b) Kosten für Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler;
- c) Publikationen, sofern zweifelsfrei nachgewiesen, dass die Publikation im Rahmen eines Forschungsprojekts des SFB entstanden ist;
- d) Personal;

e) Pauschale Mittel (beinhaltet das Start-up fund Programm für Nachwuchswissenschaftlerinnen oder Nachwuchswissenschaftler).

³Der Antrag ist basierend auf dem im DFG-Antrag genannten Bedarf bei der Sprecherin oder dem Sprecher einzureichen. ⁴Der Vorstand wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel über den Antrag entscheidet; im Falle von Dienstreisen und Gastwissenschaftlerkosten muss der Antrag spätestens zwei Wochen vor Beginn der Reise oder des Gastaufenthalts eingegangen sein.

§ 9 Verbleib der angeschafften Geräte

(1) Ressourcen sowie nicht verbrauchte Mittel der Teilprojekte fallen grundsätzlich an den SFB zurück; über Ausnahmen entscheidet der Vorstand im Einvernehmen mit dem für Forschung zuständigen Präsidiumsmitglied.

(2) Der Vorstand muss stets über den aktuellen Standort von Geräten und Ausrüstung des SFB informiert werden.

§ 10 Allgemeine Verfahrensgrundsätze

(1) ¹Die Sitzung eines Organs wird von der Sprecherin oder dem Sprecher einberufen und geleitet. ²Die Organe sind beschlussfähig, wenn die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und wenigstens die Hälfte der Mitglieder, darunter die Sprecherin oder der Sprecher oder die Stellvertretung, anwesend sind; im Falle der Mitgliederversammlung ist Beschlussfähigkeit bereits dann gegeben, wenn wenigstens 40 von Hundert der Mitglieder anwesend sind. ³Die Sitzung eines Organs ist ordnungsgemäß einberufen, wenn die Einladung in Textform durch die Sprecherin oder den Sprecher mit einer Frist von wenigstens einer Woche, im Falle der Mitgliederversammlung mit einer Frist von wenigstens zwei Wochen ergeht. ⁴Wird wegen Beschlussunfähigkeit zu einer weiteren Sitzung eingeladen, kann die Ladungsfrist angemessen verkürzt werden. ⁵Ein Organ kann Dritte, insbesondere Mitglieder oder Angehörige des SFB, in Einzelfragen beratend hinzuziehen.

(2) ¹Beschlüsse werden, soweit nicht anders per Gesetz, Verordnung, Grundordnung oder in dieser Ordnung vorgesehen, mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst (einfache Mehrheit). ²Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der Sprecherin oder des Sprechers; dies gilt nicht für die Wahl der Sprecherin oder des Sprechers.

(3) ¹Über die Sitzung eines Organs ist ein Ergebnisprotokoll anzufertigen, das von der Sprecherin oder dem Sprecher zu unterzeichnen und den Mitgliedern binnen zwei Wochen in Textform zuzuleiten ist. ²Protokolle gelten als genehmigt, wenn innerhalb von zwei weiteren

Wochen kein Änderungsantrag von Seiten eines in der Sitzung anwesenden Mitglieds erfolgt. ³Über den Änderungsantrag entscheidet das Organ. ⁴Die Beschlussfassung im Umlaufverfahren ist durch die Sprecherin oder den Sprecher in einem Vermerk zu protokollieren.

(4) Eine Erklärung zu Protokoll sowie eine dazu abgegebene Begründung, die als Anlage zu Protokoll gegeben werden soll, bedürfen der Textform und sind in das Protokoll aufzunehmen; die Erklärung und die Begründung sind innerhalb einer Woche nach dem Sitzungstag, an dem die Angelegenheit beraten wurde, bei der Sprecherin oder dem Sprecher einzureichen.

(5) ¹Kann eine Entscheidung eines nach dieser Ordnung zuständigen Organs nicht rechtzeitig herbeigeführt werden und droht hierdurch für den SFB ein schwerer Nachteil, so fasst den erforderlichen Beschluss

- a) der Vorstand anstelle der Mitgliederversammlung,
- b) die Sprecherin oder der Sprecher anstelle des Vorstands.

²Das betroffene Organ ist unverzüglich per E-Mail über die Beschlussfassung zu unterrichten.

(6) Die Finanzabteilung ist bei Umdispositionsanträgen zu beteiligen.

(7) Bewilligt die DFG eine abweichende Zahl an Projekten im Sinne des § 1 Abs. 2, gilt die Ordnung in diesem Umfang als geändert, ohne dass es einer weiteren Beschlussfassung bedarf; die Änderung ist in geeigneter Weise bekannt zu machen.

§ 11 Schlussvorschrift

(1) ¹Die vorliegende Ordnung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen I der Georg-August-Universität Göttingen in Kraft. ²Die vorliegende Ordnung tritt gleichzeitig mit dem Ende des SFB außer Kraft.

(2) ¹Bei Inkrafttreten dieser Ordnung besteht der Vorstand aus folgenden Mitgliedern:

Prof. Dr. Christoph F. Schmidt (Sprecher)

Prof. Dr. Andreas Janshoff (Stellvertretender Sprecher)

Prof. Dr. Annette Zippelius

Prof. Dr. Eberhard Bodenschatz

Dr. Florian Rehfeldt.

²Der Vorstand nach Satz 1 führt die Geschäfte bis längstens zum 01.04.2015 fort. ³Die Wahl eines neuen Vorstands ist bis spätestens zum Ende des Wintersemesters 2014/2015

durchzuführen. ⁴Die Amtszeit des neu zu wählenden Vorstands nach Satz 3 endet mit Ablauf des 31.12.2018.
